

DIESE GRÜNEN!



Kunst und Kommerz ohne Kneipe

■ Gastronomie im Kolkmann-Haus zu teuer?

Die Kulturverwaltung als Generalmieter und der Aufsichtsrat der Wuppertal GmbH als Bauherr sind sich einig, eine Gastronomie soll es im Gründerzentrum an der Hofaue, dem Kolkmann – Haus, nicht geben. Dies wurde auf eine Anfrage der Fraktion von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zur letzten Ratsitzung deutlich.

„Der Ausbau des Erdgeschosses für eine gastronomische Nutzung werde nicht weitergeführt, weil weder der Generalmieter noch der vorgesehene Betreiber der Gastronomie die nutzerspezifischen Kosten in Höhe von ca. 800.000,- DM übernehmen können und auch nicht in der Lage sind, einen entsprechend höheren Mietzins zu entrichten“, heißt es in der vorgelegten Antwort. Dabei hatte es ca. 12 InteressentInnen für die Gastronomie mit kombiniertem Veranstaltungsbetrieb gegeben, zwei Bewerbungen für das geplante Konzept kamen in die engere Wahl, von denen einer ausgewählt wurde. Welche Kriterien dieser Auswahl zugrunde lagen, bleibt auch nach Gesprächen mit einigen InteressentInnen unklar.

Fest steht jetzt, dass trotz der grundsätzlichen Bereitschaft, sich an den Umbaukosten zu beteiligen, die Kostenschätzung die finanziellen Möglichkeiten des potentiellen Pächters überstieg. Uns ist völlig unverständlich, wieso die geschätzte Höhe der Kosten auf einmal eine solch große Überraschung sein konnte, waren doch schon in Zusammenhang mit der ersten Planung für das „Forum Maximum“ Umbau- bzw. Ausstattungskosten von ca. einer Million im Gespräch. Die Bereitschaft der BetreiberInnen des jetzigen Forums im Rex, eine solche Summe zu investieren, ist öffentlich in Ausschüssen und Medien verbreitet worden. Nicht nur angesichts der Gesamtbaukosten von rd. 26,5 Mio. DM halten wir die Entscheidung, nun aus Kostengründen völlig auf eine Gastronomie zu verzichten, für falsch. Sie könnte, im Innenhof des Gebäudekomplexes Hofaue 51-53, als zentraler Treffpunkt für Gewerbetreibende, KünstlerInnen und BesucherInnen das Herzstück des Gründerzentrums sein.

Als ein Beispiel für ein solches Konzept sei hier das Gründerzentrum „Hackesche Höfe“ in Berlin genannt. Wir teilen allerdings nicht die Auffassung eines Mitarbeiters der Kulturverwaltung, dass in einer solchen Gastronomie dann nur potentielle KunstkäuferInnen mit entsprechend gefüllter Geldbörse gerne einkehren sollten.



GRÜNE machen sich ein Bild vor Ort

Jetzt endlich Hortplätze her!

■ Land ermöglicht Umwandlung von Kita-Plätzen

Das Problem kennen viele berufstätige Mütter und Väter: kaum ist ihr Kind dem Kindergartenalter entwachsen und kommt in die Gundschule, reicht die Betreuungszeit nicht aus. In Wuppertal gibt es zwar bereits 1.240 Hortplätze für Schulkinder, aber 400 bis 500 weitere Plätze werden dringend gebraucht.

Im letzten Jahr machten die betroffenen Eltern auf ihre Not aufmerksam: sie brauchen eine Betreuung ihrer Kinder über die normalen Schulzeiten hinaus und auch die betreute Grundschule bis 13 Uhr bietet für viele Eltern keine Alternative.

Das Land hat bisher die Umwandlung von Kindergartenplätzen in Hortplätze nur dann erlaubt, wenn der Rechtsan-

spruch im gesamten Jugendamtsbereich erfüllt ist und diese Umwandlung kostenneutral erfolgt, d.h. 2 Kita-Plätze werden in einen Hortplatz umgewandelt. Nun erlaubt das Land bereits eine Umwandlung, wenn die Planungen vorliegen, die aufweisen, wann der Rechtsanspruch erfüllt ist.

Nach Aussage von Cornelia Weidenbruch vom Stadtbetrieb Kindertageseinrichtungen ist das in Wuppertal bis zum Jahr 2001 möglich. Rein rechnerisch fehlen zwar noch 1420 Plätze, aber 640 sind bereits im Bau und weitere ca. 300 in der Planung.

Die Sache hat nur einen Haken: mit dem Argument, es werden keine Kindergartenplätze mehr gebraucht, weil die Geburtenzahlen sinken, sollen keine neuen Plätze mehr geplant werden. Wir brauchen aber genügend oder sogar zu viele Plätze, damit das Land die Umwandlung in die dringend notwendigen Hortplätze erlaubt und mitfinanziert! Der Kämmerer von der CDU dagegen will

mit den Einsparungen im Kindergartenbereich den städtischen Haushalt sanieren!

Das wollen wir nicht und das sollten die betroffenen Eltern nicht erlauben. Wir werden in der nächsten Sitzung des zuständigen Jugendhilfeausschusses eine Anfrage an die Verwaltung stellen, wann der Rechtsanspruch erfüllt sein kann und wieviel Geld dazu nötig ist. Wir erwarten konkrete Maßnahmen, um Eltern und ihren Grundschul-Kindern zu helfen! Pro Jahr müssen mindestens 100 Plätze umgewandelt werden.

Besonders in den Stadtteilen Cronenberg und Ronsdorf ist der Bedarf groß. Und wenn der Oberbürgermeister sich stark macht für das kommunale Bündnis für Arbeit - hier ist eine hervorragende Gelegenheit, Müttern und Vätern eine Berufstätigkeit zu ermöglichen, bzw. den Verlust eines Arbeitsplatzes zu verhindern!

Also: keine Haushaltssanierung auf Kosten der Kinder, meine Herren!

AUS DEM INHALT

Barmen soll schöner werden S. 2

Wuppertal in vollen Zügen genießen S. 2

Auswirkungen der Kommunalwahl S. 3

Schwere Zeiten für Flüchtlinge S. 3

Die börse wird fünfundzwanzig S. 3

Guten Tag!

Weihnachten steht kurz bevor, aber in diesem Jahr richtet sich der Blick wohl eher auf die Jahrtausend-Parties zu Silvester. Egal, ob das Jahrtausend im kommenden Jahr oder erst später beginnt: Wir wünschen Ihnen und uns einen Start ins neue Jahr ohne Chaos durch Computerpannen.

Übrigens: Gegen das alltägliche Chaos auf Wuppertals Straßen können Sie sofort etwas tun. Statt mit dem Auto stundenlang einen kostenlosen Parkplatz zu suchen und dann doch in einem Parkhaus oder einer Tiefgarage zu landen, die privat betrieben wird und Geld kostet, haben wir einen Tipp für Sie, sparen Sie sich den Stress und investieren Sie in umweltfreundliche Verkehrsmittel. Kurzum: Fahren Sie doch mit Bus und Bahn zum Einkaufen!

Gleichstellungsgesetz

Unsicherheiten um die Rechte und Kompetenzen der Gleichstellungsbeauftragten in Wuppertal wird es zukünftig nicht mehr geben.

Niemand kann ihr mehr einen Maulkorb verpassen. Sie hat das Recht, eigenständige Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, an kommunalen Gremien teilzunehmen, dort zu sprechen und erhält ein Widerspruchsrecht. Den hartnäckigen Verhandlungen GRÜNER Frauenpolitikerinnen in NRW ist es zu verdanken, dass ein konsequenter Kurs in der Gleichstellungspolitik gefahren werden kann. Wichtig dabei ist vor allem, dass ein einheitliches Recht für Frauen im öffentlichen Dienst des Landes und der Kommunen auch bei Privatisierungen von öffentlichen Aufgaben Anwendung findet. Mit diesem Gesetz können wir auch in Wuppertal dem verfassungsrechtlichen Auftrag zur Gleichstellung von Frauen und Männern ein Stück näher kommen.

Schülerticket NRW

Seit Beginn des Schuljahres 1999/2000 wird im Verbundraum Rhein-Sieg und Bonn das Modellprojekt „Schülerticket“ NRW mit großem Erfolg erprobt. Alle Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen können dort ein Ticket zum Preis von DM 14,50/Monat erwerben. Mit einem Antrag zur Sitzung des Rates am 13.12.99 fordern wir das Schülerticket NRW auch für Wuppertal, damit die Schülerinnen und Schüler genau wie die StudentInnen und ArbeitnehmerInnen ein günstiges Ticket (unter DM 20,-/Monat) und somit mehr Mobilität erhalten. Hoffentlich findet unser Antrag eine Mehrheit im Rat!

Stationsgarten

Mit dem Bauleitplanverfahren Stationsgarten sollte ein entscheidender Impuls auf die Zentrumsentwicklung des Stadtbezirks Vohwinkel ausgeübt werden. Neben der Schaffung von 200 Wohnungen soll auf ca. 5.000 qm Verkaufsfläche ein umfangreiches Angebot an Einzelhandelsnutzungen und Dienstleistungen entstehen.

Durch die unmittelbare Nähe zu den Park & Ride Plätzen am Bahnhof Vohwinkel bot sich geradezu an, dieses Plangebiet weitgehend autofrei zu planen. Mehr Lebensqualität durch freie öffentliche Plätze und Wege statt zugeparkter Flächen, was das Credo der politischen Beratungen. Die sogenannte neue bürgerliche Mehrheit hat sich jedoch nun über alle bisherigen Planungsschritte und Abwägungsprozesse hinweggesetzt und im Rat der Stadt ohne Fachberatungen durchgepeitscht, wesentlich mehr Stellplatzfläche zwingend vorzuschreiben. Dass der neuen Mehrheit von CDU und FDP wenig an Fußgängerzonen mit hoher Aufenthaltsqualität liegt, offenbart sich schonungslos und mag Programm sein. Wo die geforderten Stellplätze nachgewiesen werden, ist zur Zeit allerdings noch völlig rätselhaft. Wahrscheinlich muss vom Investor eine bisher nicht eing geplante Tiefgarage gebaut werden, die noch nicht finanziert ist. Möglich ist aber auch noch, dass die Planungen aufgehoben werden müssen. Wir sind gespannt, was in den nächsten Jahren in Vohwinkel passieren wird.

Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 563-6204 Fax: 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Petra Scholl (V.i.S.d.P.)
Anja Liebert, Bettina Brücher (Redaktion)
Ursel Simon, Horst Westmeier, Petra Bill,
Petra Lückelath, Klaus Lüdemann.

Gastkommentare:
Lorenz Bahr, Sprecher des Kreisverbandes
Bündnis 90/DIE GRÜNEN Wuppertal
Peter Lelowski
VCD Verkehrsclub Deutschland
Regionalverband Bergisches Land e.V.
Alle Fotos, soweit nicht anders
gekennzeichnet: Jörg Lange

Satz und Gestaltung: Wupper-Nachrichten
Verlags GmbH, Tannenbergr. 35,
42103 Wuppertal
Druck: Verlag Bitter, Recklinghausen
Auflage: 47.000
Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA und Hasret,
Wiesenstraße, Theater an der Gathe; Forum Maxi-
mum
im Rex, Kipdorf 29; Café Zweistein, Bahnhof
Unterbarren; Cinema, Berliner Straße;
Nachbarschaftsheim, Platz der Republik;
Haus der Jugend, Geschwister-Scholl-Platz;
Lebensbaum, Sophienstraße; ASIA, Berg. Universi-
tät Gesamthochschule Wuppertal;
BUND, Völklinger Straße 3 a.
Die Abgabe ist kostenlos!

Neues Profil

■ Barmer Werkstatt-Gespräche

Seit Jahren kommen der Barmer Einzelhandel, Geschäftsleute aber auch die engagierten BürgerInnen innerhalb und außerhalb der Kommunalpolitik nicht zur Ruhe.

Die „große Schwester“ Elberfeld scheint an ihrem „kleinen Bruder“ Barmen vorbeizuraschen wie der ICE am Schienenbus. Doch die BarmerInnen können und wollen diesem Prozess nicht tatenlos zusehen.

Sie beginnen mit viel Sachverstand, Optimismus und professioneller Hilfe ein neues Profil für Barmen auf „die Schiene“ zu setzen. Geschickt haben sie dabei auf die Erfahrung der Elberfelder Schwester zurückgegriffen und das bei der Diskussion um den Döppersberg bewährte „Werkstatt-Verfahren“ nach Barmen geholt, um den kleinen Bruder für die Zukunft fit zu machen. Das Dortmunder Büro Junker und Kruse für Stadtforschung / Stadtplanung moderiert dieses Verfahren.

In sechs Werkstatt-Gesprächen sollen die immerhin beachtliche Zahl von fast 40 Akteuren aus Einzelhandel, Verwaltung, Politik, Bürgervereinen, Geschäftsleuten, Institutionen mit Sitz in Barmen u.v.a. ihre Ideen und Forderungen in diesen Prozess mit einbringen, um ein Maßnahmen- und Handlungskonzept zu entwickeln.

Dieser Prozess soll im Frühjahr 2000 abgeschlossen sein.

Für uns kommt es in diesen Werkstatt-Gesprächen darauf an, die Einzigartigkeit von Barmen und seiner Innenstadt herauszustellen. Wir erwarten, dass dabei die Prinzipien einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung im Mittelpunkt stehen. Zukunftsfähig wird Barmen, wenn bei den Planungen neben der wirtschaftlichen Entwicklung, auch die soziale Situation der Bürgerinnen und Bürger sowie die ökologischen Aspekte eine wichtige Rolle spielen. Beispielhaft sei hier die Neugestaltung des Stadtplatzes am Alten Markt, die Ausweitung der FußgängerInnen-Zone und die Realisierung des Konzeptes „Lebensader Wupper“ zu nennen.



Bei der Regio-Bahn ist es schon Wirklichkeit: Moderne Züge fahren bald im 20-Minuten-Takt. – Nur eine Vision für die Nordbahn?

Stillgelegt

■ Letzter Zug der Nordbahn

Fast unbemerkt wird auf der Nordbahn am 18.12.1999 der letzte Güterzug fahren. Damit ist vorerst Schluss für den Bahnbetrieb auf dieser für Wuppertal einmalig schönen Eisenbahnstrecke.

Zurzeit gibt es keine Möglichkeit, den Bahnbetrieb weiter aufrechtzuerhalten, da die Deutsche Bahn AG den Güterverkehr aufgibt und es bisher keine anderen Betreiber gibt, die den Betrieb übernehmen können oder wollen. Die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat sich mehrfach dafür eingesetzt, die Nordbahn vor der endgültigen Stilllegung zu retten. Andere Parteien setzen sich zwar öffentlich lautstark für die Nordbahn ein, bei konkreten Schritten aber werden die Töne leiser. Zuerst müssten im stillen Kämmerlein die Hausaufgaben gemacht werden. Um die Nordbahn langfristig zu sichern, sind einige Schritte notwendig. Schon lange fordern die GRÜNEN ein Gutachten und ein Konzept zur Überprüfung der Wirt-

schaftlichkeit und die damit verbundenen Kosten für die Stadt. Außerdem muss darauf geachtet werden, dass in der nächsten Zeit nicht unauffällig Flächen entlang der Bahnstrecke verkauft werden und somit eine spätere Anbindung an eventuell neue Haltepunkte unmöglich gemacht wird. Um Fördergelder vom Land in Anspruch nehmen zu können, muss die Nordbahn in den ÖPNV-Bedarfsplan aufgenommen werden. Dafür aber müssen wiederum die Konzepte und Gutachten vorliegen und ein eindeutiger politischer Entschluss im Rat getroffen werden. Es dreht sich also vieles im Kreis. Die GRÜNEN werden sich auch künftig für diese Strecke einsetzen, denn langfristig kann nur eine optimale Anbindung an den ÖPNV den Verkehrskollaps in der Stadt verhindern. Das positive Beispiel der Regio-Bahn (siehe Artikel unten) könnte als Anregung für die Nordbahn dienen. Wenn sich alle Beteiligten und Interessierten zusammensetzen würden, könnte schon bald ein Schritt in Richtung Reaktivierung der Strecke begonnen werden.

Aufgelegt

■ Regio-Bahn – Steigende Fahrgastzahlen

Nach den neuesten Informationen zur REGIO-Bahn von Kaarst nach Mettmann sind die ermittelten Fahrgastzahlen um einiges höher als erwartet. Damit wird bestätigt, dass mit der Errichtung dieser Strecke die richtige Entscheidung getroffen wurde.

Eine ebenso richtige Entscheidung war die Beteiligung der Stadt Wuppertal an der REGIO-Bahn, wodurch die Verlängerung der Strecke bis nach Vohwinkel ermöglicht wird. Der Wuppertaler Westen wird damit eine weitere günstige verkehrliche Anbindung erhalten und die Bürgerinnen und Bürger aus Mettmann und Umgebung werden dann die Möglichkeit haben, schnell und bequem nach Wuppertal zu gelangen.

Bei den weiteren Planungen der Streckenverlängerung müssen zwei wichtige Entscheidungen getroffen werden:

1) Möglichst viele Wohngebiete, wie z.B.

Dornap-Hahnenfurth sind durch Haltepunkte anzubinden.

2) Die REGIO-Bahn darf nicht in Wuppertal-Vohwinkel enden, sondern muss über Elberfeld nach Barmen weitergeführt werden. Nur so können die Menschen aus den Nachbargemeinden als neue Kundschaft des Wuppertaler Einzelhandels gewonnen werden. Denn wer erst in Vohwinkel umsteigen muss, überlegt sich, ob es nicht besser wäre, ohne umzusteigen lieber nach Düsseldorf zu fahren.

Wir werden uns in den zuständigen Gremien dafür einsetzen, dass die REGIO-Bahn-Strecke eine für die Fahrgäste attraktive Alternative zum Autofahren wird und verfolgen ein weiteres Ziel in einem nächsten Schritt: die Reaktivierung der Nordbahn von Vohwinkel nach Wichlinghausen (siehe Artikel zur Nordbahn), die eine echte Alternative zum Auto bieten würde. Wir wollen hoffen, dass die neue Mehrheit im Rat der Stadt die große verkehrspolitische Chance zur Entlastung der Innenstädte erkennt, und die Planungen nicht in der Schublade verschwinden lassen wird.

Gastkommentar: Parken wird billiger und ÖPNV teurer

■ Peter Lelowski, Sprecher des VCD, Bergisch Land

Meinungsbildung ist zentrale Aufgabe der Verkehrspolitik. Eigene Wahrnehmungen und öffentliche Meinungen prägen unser Verkehrsverhalten. Der VCD als Verkehrsclub für alle die, denen ein umwelt- und sozialverträglicheres Verkehrswesen nicht egal ist, warnt an dieser Stelle vor einem Rückschritt in die Zeit von Strassenkreuzern, Nierentischen und Ruinen.

Es ist widersinnig, dass die Ratsmehrheit die Parkgebühren in der Stadt senken will und gleichzeitig die Fahrpreise im ÖPNV massiv erhöhen will. So eine Einladung zum Umstieg auf das Auto ist eine offene Unterhöhlung der Finanzen des von der Stadt mitfinanzierten ÖPNV.

Nicht zu unrecht wird derzeit die Parkgebührenhöhe zu einer Überlebensfrage für die Stadt. Kostet doch die mit vermeintlichen Standortvorteilen be-

gründete Senkung von Parkgebühren für ein paar Autos die Stadtkasse je nach Modell schon 500 000 DM bis 750 000 DM netto pro Jahr, die an anderen Stellen wie in der Straßenunterhaltung fehlen. Wer fährt schon gern über Schlaglochpisten zu seinem geliebten fast kostenlosen Parkplatz? Der



Freies Parken für AutofahrerInnen, unsinnige Ampeln zu Lasten der FußgängerInnen (wie hier am Kasinokreisel). So sehen die Verkehrsvisionen der CDU und FDP aus.

Zwangsverwalter des städtischen Vermögens winkt schon von ferne. Ist Bröchenholen mit dem Pkw angesagt, ist der Schritt zum Billigangebot von öffentlichem Raum und damit auch im Einzelhandel konsequent. Qualität hat ihren Preis! Aufgabe von Stadtmarketing ist es, sich vom Umfeld

abzuheben, nicht diesem nachzuerennen wie eine verschmähte Geliebte! Dies sollte die Verkehrspolitik auch in Wuppertal leiten. „Für Ihr gutes Geld - in Wuppertal echt Einkaufen erleben.“ Während die Mittelstadt Lüneburg trotz knappen und teuren Parkraumes sich über Nachfrage nicht beklagen kann, ist das Gejammer im vergleichbar gelegenen Celle trotz riesiger Parkplätze vehement. Lüneburg hat seine Politik intensiv unters Volk gebracht. Wuppertal hat neue Einkaufszentren in der Talachse (Rathaus-Galerie, Wicküler Park, ECE) angesiedelt. Als attraktive Einkaufs- und Erlebniswelten zeigen sie einen auch für die Verkehrsbelastung gangbaren Weg auf.

Längst schon sind die Konkurrenten der Wuppertaler City nicht mehr Köln und Düsseldorf, sondern die umliegenden Kleinstädte und die Märkte auf der „grünen Wiese“. Sie locken mit kompletten Warenangeboten, und Erlebniswelten wie auch gut gestalteten Innenstädten insbesondere die Familien zum Entspannen und Verweilen ein. Wie schade, dass diese Erfolge wieder den Weg aller Ramschläden gehen sollen!

Die börse wird fünfundzwanzig

■ Herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg

Die börse, Deutschlands ältestes Soziokulturelles Zentrum, wird in diesem Jahr 25. Für alle „börsianer“ ein Grund zu feiern, was sie dann auch ausgiebig taten.

Dabei sah es bis zur Ratssitzung am 8.11.99 einmal mehr so aus, als könnte dies der letzte Geburtstag sein. Denn die aktuelle Finanzsituation ist trotz des positiven Trends mehr als schlecht. Des-

halb hatte die Ratsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Anschluss an die letzte Beiratssitzung beantragt, der börse weitere 165.000 DM für das Jahr 1999 zu gewähren. Dieser Nachtrag zum Betriebskostenzuschuss der börse musste schnellstmöglich beschlossen werden, da der Verein ansonsten die Betriebsführung über den 30.10.99 hinaus nicht mehr sicherstellen konnte. Beschlossen wurde aber nicht unser Antrag, sondern die kurzfristig vorgelegte Drucksache der Verwaltung, die der

börse den Betrag leihen will. Allerdings wurde der Absatz, der vorsah, die börse dem Stadtbetrieb Jugend und Freizeit zuzuschlagen, nicht beschlossen. Wie konnte es zu dieser existenzbedrohenden Situation kommen? Der Vorstand der börse hatte in den letzten Monaten mehrfach auf diese Entwicklung hingewiesen. Begründet wird die Unterdeckung mit Startschwierigkeiten am neuen Standort. Im Zeitraum des Umbaus hat sich die Angebotsstruktur im Tal verändert. So sind „börsentypische“

Veranstaltungen im Musikbereich verstärkt vom Haus der Jugend in Barmen und vom Pavillon übernommen worden. Für die von der Stadt geförderten Einrichtungen muss nun dringend die jeweilige Aufgabenstellung geklärt werden, da diese Konkurrenzsituation nicht im Sinne der Sache sein kann. Trotz positiver Tendenz im zweiten Halbjahr ist es der börse noch nicht gelungen, ihr altes Publikum wiederzugewinnen, geschweige denn neue Besuchergruppen zu erreichen, wie es die Konzepte-

on des Vereins vorsieht. Die Praxis hat gezeigt, dass die drastische Zuschusskürzung in der Anlaufphase nicht die richtige Entscheidung war. Auch reichen 12 Monate für einen gelungenen Start nicht aus. Der Bestand der börse darf jetzt nach dem eindeutigen Votum aller Parteien für den Erhalt des Kommunikationszentrums im Zusammenhang mit der Ringtauschdiskussion nicht gefährdet werden. Ziel muss es allerdings bleiben, mit einem verringerten Betriebskostenzuschuss auszukommen.

Die GRÜNEN nach der Kommunalwahl

■ Neue Fraktion nimmt mit viel Power Arbeit auf

70.850 Wuppertaler Frauen und Männer, gerade einmal knapp 25% aller Wahlberechtigten, haben am 12. September mit ihrer Stimme entschieden, dass die nächsten 5 Jahre eine sich selbst so nennende „bürgerliche Mehrheit“ den politischen Kurs in der Stadt bestimmen wird.

Auch in Wuppertal haben die Wähler und Wählerinnen den GRÜNEN eine deutliche Abfuhr erteilt. Gerade einmal 9.542 Stimmen konnten wir gewinnen, das schlechteste aller Wuppertaler Wahlergebnisse seit 1984. Die Gründe für das schlechte Wahlergebnis sind ausreichend benannt worden. Über die Konsequenzen wird so gut wie nie geredet. Die Fraktion wurde von den Wählerinnen und Wählern halbiert. Mit 4 Stadtverordneten haben wir zwar noch den Status einer Fraktion, der uns das Stimmrecht im Rat der Stadt sichert. In den weitaus meisten Ausschüssen des Rates haben wir dagegen kein Stimmrecht mehr. Dies wird nichts an den Mehrheitsverhältnissen ändern, denn bereits jetzt zeichnet sich deutlich ab, dass die CDU vorgibt, was zu tun ist und der bürgerliche Partner FDP dann gehorsam abnickt. Das wird sich auch in den nächsten Jahren nicht ändern. Schwieriger wird allerdings sein, zu dokumentieren, wie die GRÜNEN sich zu vielen Einzelfragen positionieren. Denn die wenigsten Berichte der Wuppertaler Medien aus den einzelnen Ausschüssen geben im wesentlichen wieder, was dort verhandelt wurde. Vor allem in der Umwelt- und Planungspolitik sehen auch weiterhin viele Menschen allein in der GRÜNEN Ratsfraktion ihre



Die neue GRÜNE Fraktion (v.l.n.r.): Ursel Simon, Anja Liebert, Horst Westmeier, Petra Scholl

Interessenvertretung. Ein weiteres Problem in den nächsten Jahren wird sein, dass wir von den Beratungen in den meisten Aufsichtsräten abgeschnitten sein werden. Das Wahlergebnis hat nämlich zur Folge, dass wir in keinem Aufsichtsrat vertreten sind. Dort, wo wesentliche Entscheidungen für die Menschen in unserer Stadt hinter verschlossenen Türen getroffen werden, gibt es bisher keine Signale der großen

Fraktionen, dass wir dort einen Sitz mit beratender Stimme bekommen. Einer Katastrophe gleich kämen Entscheidungen hinter verschlossenen Türen bei den skandalgeschüttelten Kliniken und den Wuppertaler Stadtwerken, die in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen stehen. Besonders gespannt sind wir auf das Verhalten der Gewerkschaften, die in den mitbestimmten Aufsichtsräten ein entschei-

gendes Wort mitzureden haben. Die Kollegen und Kolleginnen bei den Stadtwerken sollten nicht vergessen, auf wen sie sich immer verlassen konnten, wenn es um die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den Werken ging. Gerade in den nächsten Jahren werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den Stadtwerken auf sehr viel Solidarität angewiesen sein, wenn der Abbau von mehreren hundert

Arbeitsplätzen in Folge der Liberalisierung des Strommarktes diskutiert wird. Die Auswirkung des Ergebnisses der Wahl im September dürfte von vielen, die die Politik der Bundesregierung meinten als sie uns im September nicht wählten, so nicht gewollt sein. Und wir werden viel zu tun haben und alles daran setzen müssen, um in den nächsten 5 Jahren verloren gegangenes Vertrauen kommunal wiederzugewinnen.

Flüchtlinge ins Aus Bedarfsgerechte Nutzung

■ Härtefall-Kommission aufgelöst

1997 wurde auf Initiative der bündnisGRÜNEN Ratsfraktion eine kommunale Härtefall-Kommission eingerichtet. Sie beschäftigte sich mit 33 „Fällen“, d.h. Menschen, die in ihren Herkunftsländern vor Bürgerkriegen, politischer oder ethnischer Verfolgung geflohen waren. So aus Ex-Jugoslawien, aus Eritrea, dem Iran und aus dem Kosova, um nur einige zu nennen.

Die Kommission, bestehend aus Experten der Flüchtlingsberatung, einem Rechtsanwalt und drei Ratsmitgliedern, hatte zwar nur beratende Funktion, konnte aber in 12 Fällen eine erneute Einzelfallprüfung der Ausländerbehörde anregen und eine Abschiebung dieser Menschen verhindern. Schon in der ersten Ratssitzung nach der Wahl stellte die GRÜNE Ratsfraktion den Antrag auf Wiedereinrichtung dieser wichtigen Kommission. Die FDP

beugte sich dem „Koalitionszwang“ und stimmte gegen die Härtefall-Kommission.

Der Fraktionssprecher gab in den Medien zu verstehen, dass es sich wohl um einen Irrtum handele. So startete unsere Fraktion den erneuten Versuch in der folgenden Ratssitzung. Schulmeisterhaft und ohne Kenntnis der realen Arbeit der letzten Jahre versuchte Bürgermeister Köster die „Widrigkeiten“ der Ausländergesetzgebung zu verteidigen und stellte deutlich klar, wie weit sich die Wuppertaler Ratsfraktion des gelblauen Vereins von den BürgerInnenrechten entfernt hat.

Nun ist offenbar, dass der „bürgerlichen“ Mehrheit im Rat die grüne Welle im Tal und das kostenlose Parken in der City eben wichtiger ist als die Verhinderung der Abschiebung politisch und/oder ethnisch Verfolgter.

Eine ständige Kommission für ausländerrechtliche Angelegenheiten wird es also nicht geben. Nach „Bedarf“ soll der Ausschuss „Soziales und Gesundheit“ mit diesen Fragen befasst werden. Wir werden die Entwicklung mit kritischem Interesse verfolgen.

■ Alte Fabrik in der Nordstadt steht schon 18 Jahre leer

Über 18 Jahre steht die ehemalige Schaltgerätefabrik von Metzener & Jung in der Charlottenstraße leer. Das Dach auf dem alten Backsteingebäude ist inzwischen völlig kaputt.

Die GWG wollte das Vorderhaus zu Altenwohnungen umbauen. Die Hallen dahinter sollten komplett abgerissen und durch einen Block mit Familienwohnungen ersetzt werden. Altenwohnungen stehen leer und die GWG hat andere Sorgen. So beschloss der Aufsichtsrat im September den Verkauf an einen Investor. Der hat die Altenwohnungen gestrichen, möchte nur noch Familienwohnungen bauen. Doch auch die sind nur noch bei akzeptabler Miete und mit passender Infrastruktur zu vermieten. In der Nordstadt fehlen Angebote für Kinder und Jugendliche. Gerne wird auf das Haus der Jugend in der Bergstraße verwiesen. Doch das liegt außerhalb der Nordstadt, wenn auch nur wenige Meter.

Bereits seit Anfang des Jahres haben sich die Elberfelder GRÜNEN des Themas angenommen. In einem Gespräch mit dem Leiter des Bezirkssozialdienstes wurden Lösungsmöglichkeiten diskutiert. Die alte Fabrik in der Charlottenstraße wäre ein idealer Standort. Dabei können die Wohnungen für Familien durchaus dort entstehen. Die Kinder und Jugendlichen im Haus hätten gleich ein attraktives Angebot.

Die Anwohnerinnen und Anwohner der alten Fabrik haben in den letzten Wochen ca. 500 Unterschriften für eine bedarfsgerechte Nutzung und die Beteiligung der Menschen in der Nachbarschaft an den Planungen gesammelt.

Am 15. Dezember wird die Bezirksvertretung über diesen Bürgerantrag beraten. Wir werden ihn unterstützen. Flankierend haben wir einen Antrag eingebracht, die Altlastensituation auf dem Gelände zu klären.

Auch die vor drei Jahren aus der Hofaue vertriebenen KünstlerInnen haben Interesse an der Nutzung der alten Fabrik. Ihr Übergangsquartier an der Uellendahlener Straße hat die Stadt verkauft. An der Charlottenstraße kann ein interessantes Beispiel für Stadtentwicklung durch Wiedernutzung von Gewerbebräuen unter Einbeziehung der NachbarInnen entstehen. Wir werden Sie weiter informieren.

Die GRÜNEN im Internet
www.gruene-wuppertal.de

eMail:
fraktion@gruene-wuppertal.de



Gastkommentar: Regierungslinke abgekanzelt

■ Lorenz Bahr – Sprecher des Kreisverbandes Wuppertal

Sechs Monate vor den Landtagswahlen im Mai kommenden Jahres demonstrieren die NRW-Grünen auf ihrem Landesparteitag am 13. November 1999 in den Rheinterassen Düsseldorf ihre FraktionssprecherInnen Christiane Bainski und Roland Appel.

Beide gehören weder dem realpolitischen noch dem sogenannten fundamentalpolitischen Flügel der Grünen in NRW an. Sie werden den „Regierungslinken“ zugerechnet, die sich als strömungsunabhängig verstehen.

Die Wuppertaler Direktkandidatin Christiane Bainski, für ihre Fachpolitik in den Bereichen Justiz, Migration und Bildung und für ihre integrative Fähigkeit geschätzt, unterschiedliche Strömungen und politischen Gruppierungen in und über die Parteigrenzen hinweg zusammenzuführen, scheiterte deutlich bei ihrem Versuch, erneut einen sicheren Listenplatz für den Wiedereinzug in den Landtag zu erlangen. Ihre Wahlniederlage ist gerade in diesen Tagen um so unverständlicher, leitete sie doch federführend die NRW-Haushaltsplanberatungen für 2000, in denen die Schwerpunkte Bildung, Frauenförderung und Sozialpolitik deutlich gestärkt werden konnten.

Klare Sieger bei der Listenaufstellung sind die RealpolitikerInnen: Von den ersten vier Listenplätzen gingen gleich drei an die Realos. Wie schon 1990 und 1995 führt Umweltministerin Bärbel Höhn die Bündnis-Grünen als Spitzen-



Christiane Bainski

kandidatin in den Wahlkampf. Obwohl „Regierungslinke“, ist sie strömungsübergreifend unumstritten und musste sich als einzige Kandidatin keiner Gegenkandidatur erwehren. Auf Platz zwei folgt der stellvertretende Ministerpräsident Michael Vesper, vor Edith Müller, die bisher die Bündnisgrünen im EU-Parlament repräsentierte, und Rainer Priggen, dem amtierenden Landesparteisprecher.

Zersplittert zwischen zwei Strömungen und vier Regionen bewegte sich die Landesdelegiertenkonferenz aufgrund eines überaus komplizierten und über-

arbeitungsbedürftigen Wahlverfahrens zeitweise am Rande der Handlungsfähigkeit. Die Tatsache allein, dass qualifizierte Arbeit gegenüber strömungs- und regionalpolitischen Interessen offenbar immer noch wenig zählt, gehört aus Wuppertaler Sicht zu einer Schwäche der NRW-Bündnis-GRÜNEN, die es dringend zu überwinden gilt. Denn in Zukunft kann es nicht weiter angehen, dass zwischen Strömungen und Regionen bündnisgrüne Personallisten ausgekugelt werden und dabei Kompetenz, Fachlichkeit und Qualifikation oder geleistete Arbeit als Kriterien

nachrangig werden. Insofern wird sich der Wuppertaler Kreisverband auch weiterhin für eine Überwindung der Dominanz längst überholter strömungspolitischer Interessen einsetzen.

Ein Trost für den Wuppertaler Kreisverband bleibt: Nach ihrem Rücktritt als Fraktionssprecherin wird die rechtspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion und Vorsitzende des Migrationsausschusses ihr Landtagsmandat erfolgreich zu Ende führen und gemeinsam mit dem Kreisverband als Direktkandidatin für ein gutes Ergebnis im Wahlkampf streiten.

Ratschronik 01.10.99

1. Einführung des Oberbürgermeisters

Da der Oberbürgermeister zum ersten Mal direkt von der Bevölkerung gewählt wurde, gab es keine Überraschungen zu diesem Punkt.

2. Wahl der Bürgermeister

Zuerst wurde festgelegt, dass es drei Stellvertreter des OB geben soll. Ge-

wählt wurden dann Udo Hackländer (CDU), Ulrich Zolldan (SPD) und Dr. Rolf Köster (F.D.P.).

3. Bildung des Haupt- und Finanzausschusses

Dieser Ausschuss besteht aus 20 Mitgliedern plus Oberbürgermeister. Die GRÜNEN haben einen Sitz, CDU 10, SPD 8, F.D.P. 1 Sitz.

Ratschronik 20.10.99

1. Bildung von Ausschüssen

Hinter diesem langweiligen Titel verbirgt sich ein entscheidender Punkt, der in den nächsten fünf Jahren die Ratsarbeit bestimmen wird. Abgesehen vom Hauptausschuss (siehe 1.10.99) werden die anderen Ausschüsse auf elf Mitglieder begrenzt. Das bedeutet, dass die GRÜNEN in diesen Gremien nur noch mit beratender Stimme vertreten sind und an den Abstimmungen nicht teilnehmen können. Außerdem wurden

viele Ausschüsse, wie z.B. der Stadtmarketingausschuss neu geschaffen. Gegen die GRÜNEN und die SPD bei Enthaltung der PDS so beschlossen. Die von den GRÜNEN geforderte Wiedereinsetzung der Härtefallkommission wurde von CDU und F.D.P. abgelehnt.

2. Ansonsten

wurden lediglich Dringlichkeitsentscheidungen abgesegnet und einige Wahlverfahren (z.B. zur Landschaftsversammlung Rheinland) durchgeführt.



Nach 10 Jahren als GRÜNE Bürgermeisterin und 15 Jahren als Stadtverordnete, beendete Irmgard Wohler ihre Ratsarbeit. Ein Anlass für uns, ihr zu Ehren einen Birnbaum „Madame Verte“ im Rahmen der Streuobstwiesen-Aktion der Wuppertaler Umweltberatung zu pflanzen. So kann Irmgard Wohler sicher sein, dass sie auch in Zukunft die grünen Früchte ihrer Arbeit ernten kann.

Ratschronik 08.11.99

1. Wahl des Stadtkämmerers zum Vertreter des OB

Dr. Slawig (CDU) wird einstimmig zum Stadtdirektor gewählt.

2. Fragestunde

Haushalt 2000

In der Fragestunde wollten Bündnis/DIE GRÜNEN wissen, wann über den nächsten Haushalt beraten wird. Ergebnis: die Grundsatzdebatte erfolgt im April 2000, d.h. die Entscheidungen werden erst nach der Landtagswahl 2000 getroffen.

Baukosten Hofaue - Kolkmannhaus
Die Fragen der GRÜNEN zum Kolkmannhaus machen deutlich, dass einiges Chaos herrscht (vgl. Artikel dazu).

3. Sperrmüll

Die Abfuhr von Sperrmüll wird ab 2000 wieder auf eine turnusmäßige Sammlung umgestellt. Die Anforderung mit Postkarten fällt weg. Der Extra-Service für Kurzentschlossene bleibt bestehen. Einstimmig.

4. Umstrukturierung der Dezer-nate

Die CDU macht eine Rolle rückwärts in alte Strukturen. Der Geschäftsbereich Umwelt, Planen, Bauen wird in die Teile Umwelt und Stadtentwicklung zerstückelt, damit wird auch ein neuer Dezernatsposten geschaffen. Der Geschäftsbereich Soziales und Kultur wird in zwei Teile getrennt. Gegen die GRÜNEN und die PDS beschlossen.

5. Ampel am Kasinokreisel

Die CDU und die F.D.P. wollen eine

Ampel am Kasinokreisel einrichten, damit noch mehr Autos durch die Stadt fahren können, aber die FußgängerInnen bei ihrem Stadtbummel behindert werden. Gegen die GRÜNEN so beschlossen und schon ausgeführt.

6. Unterstützung für die börse

Während die anderen Parteien nur nette Worte für die börse haben, wollten die GRÜNEN Taten sehen. Den GRÜNEN Finanzierungsvorschlag für den Weiterbestand der börse haben die anderen Parteien (außer PDS) abgelehnt (vgl. Artikel).

7. Kommission für ausländer-rechtliche Angelegenheiten

Da Signale von Seiten der F.D.P. kamen, eine neue Härtefallkommission einzurichten, haben die GRÜNEN einen Antrag dazu gestellt. Im Rat jedoch gab es einen liberalen Rückzieher und die Kommission wurde von CDU und F.D.P. abgelehnt (siehe Artikel).

8. Stationsgarten

CDU und F.D.P. haben durchgesetzt, dass die Bebauung Stationsgarten mit mehr Parkplätzen als im B-Plan vorgesehen durchgeführt werden soll. Die GRÜNEN haben sich immer für wenig Stellplätze eingesetzt, um ein autoarmes Wohnen mit optimaler ÖPNV-Anbindung zu ermöglichen (siehe Artikel).

9. Neubau Synagoge

Der Rat spricht sich einstimmig für die Unterstützung des Neubaus einer Synagoge aus. Dabei sollen auch die beteiligten Städte rund um Wuppertal einbezogen werden.